

# BI ST - Bürgerinitiative Stiefenhofen

## für umweltverträglichen Mobilfunk

Oberthalhofen 2A, D-88167 Stiefenhofen, Kr. Lindau/ Bodensee

Tel. 0 83 83/ 9 70 00 Fax 0 83 83/ 9 70 70

[BI STmobilfunk@aol.com](mailto:BI STmobilfunk@aol.com)

---

Mitgliedschaft/Mitarbeit in:

- Ø Netzwerk Westallgäu-Bodensee für umweltverträglichen Mobilfunk, Allmannsried 179, 88175 Scheidegg
- Ø h.e.s.e.-project, Postfach 1306, 36199 Rothenburg/Fulda, Tel./Fax 06623-44114, eMail: heseproject@uni.de

Deutscher Bundestag  
Dr. Peter Struck und Fraktion der SPD  
Rezzo Schlauch und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN  
Fax 0 30/ 227-5 68 00 und 5 60 85  
Fax 030/ 227-5 65 52

Stiefenhofen, den 20.03.2002

### OFFENER BRIEF

#### **Unsere Stellungnahme zum Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/ DIE GRÜNEN - Drucksache 14/8584**

Sehr geehrter Herr Dr. Struck,  
sehr geehrter Herr Schlauch,  
sehr geehrte Damen und Herren der Fraktionen SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN,

mit üblicher Vorfreude nehmen wir Bürger wahr, dass Ihre Fraktionen im Parlament aufs Neue einen Vorstoß in Sachen Mobilfunk starten wollen.

Nach aufmerksamer Durchsicht Ihres Antrages müssen wir jedoch wiederum, wie schon oft in der Vergangenheit, feststellen, dass auch Ihr aktueller Vorstoß völlig an der Realität des Mobilfunkgeschehens aus Sicht der besorgten Bürgerschaft vorbeigeht. Die gesundheitlichen Interessen der Bevölkerung werden wiederum **nicht** berücksichtigt. Was in dieser Hinsicht von Ihnen beantragt ist, ist für die Bevölkerung reine **Augenwischerei** und dient allein und ausschließlich der **Wirtschaft**.

Was wurde nicht schon alles seitens der Bevölkerung, der Umweltverbände und seitens vieler unabhängiger Wissenschaftler unternommen, um unsere **666** Abgeordneten im Deutschen Bundestag über die Gesamtproblematik des Mobilfunks aufzuklären. Alles, wie immer, umsonst - keinerlei Verständnis für das Ausmaß der **realen Gesundheitsgefahren** auf Seiten der Parlamentarier. Wenn dennoch einmal etwas geschieht, dann aus **optischen** Gründen und auf niedrigster Sparflamme, um ja nicht der Mobilfunkindustrie weh zu tun, ohne spürbare positive Auswirkung für den Gesundheitsschutz der Bevölkerung. Man kann in dieser Frage aufgrund der momentanen Fakten offensichtlich nicht beiden Seiten gerecht werden, man muss sich entscheiden. **Ihre Entscheidung ist eindeutig!**

Das einzige **Regulativ** scheint demnach für den täglich wachsenden aufgewachten, kundigen und sehr sachkritischen Bevölkerungsteil die **anstehende Bundestagswahl** zu sein. Die Bevölkerung registriert sehr aufmerksam, welche Fraktionen und welche einzelnen Abgeordneten sich realitätsnah, d.h. problemnah der Sache annehmen.

Obwohl Ihnen alle unsere Argumente hinreichend bekannt sind, gehen wir nachfolgend auf die **gravierendsten Fehlleistungen** in Ihrem gemeinsamen Antrag ein, auch um durch diesen Offenen Brief noch breiteren Bevölkerungsschichten das Geschehen näher zu bringen:

### Punkt I

- Die Deutsche Bundesregierung und die Mobilfunkbetreiber haben bisher **keine** „Vorsorgemaßnahmen“ eingeleitet, die diesen Namen verdienen! Können Sie uns an der **Realität orientierte** Vorsorgewerte nennen? Können Sie uns **überhaupt** irgendwelche Vorsorgewerte nennen?
- Die von der Bundesregierung intensivierete Forschung dient in dieser Form lediglich dem **Zeitgewinn**, heraus kommt ein Ergebnis analog dem Ergebnis der >Bayerischen Rinderstudie<: *„Es gibt keine konkreten Hinweise auf Gesundheitsgefahren aus dem Mobilfunk, die zum sofortigen Handeln zwingen. Da wir aber die Sorgen der Bevölkerung ernst nehmen, lassen wir dennoch nochmals forschen, es soll uns nicht aufs Geld ankommen!“* Also alles reine **Zeitschinderei**, die Mobilfunkwirtschaft kann zwischenzeitlich in aller Ruhe Nägel mit Köpfen machen. Handeln Sie als momentane Parlamentarier etwa nach dem Motto: „Nach uns die Sintflut“?

Wir müssen uns immer häufiger fragen, ob Sie denn in nur gut drei Jahren völlig vergessen haben, mit wessen Votum Sie ins Parlament und Regierungsamt gekommen sind.

- Es liegen mehr als ausreichend **eindeutige** und **erdrückende** medizinische **Forschungsergebnisse** vor, die zum **sofortigen drastischen Handeln auffordern!** Diese sind Ihnen bestens bekannt – nicht nur durch unsere Aktivitäten.  
Vielleicht sollte Sie sich anlässlich Ihres Antrages und dieser **massiven Kritik** nochmals die Bürgerforderung an Herrn Trittin >Rücktritt von Prof. Bernhardt< vorlegen lassen. Diesem Schreiben vom 22.01.2002 können Sie die wissenschaftlichen Fakten entnehmen, die Ihnen offensichtlich bei der Ausarbeitung des Antrages nicht mehr gegenwärtig waren.
- Wenn die Betreiber Forschung mitfinanzieren, dann handelt es sich bereits im Ansatz um **keine** freie, neutrale Forschung! Informieren Sie sich spätestens jetzt in dieser Hinsicht über die Bayerische Rinderstudie. Sie sollten wissen, was dort wie gelaufen ist.
- Die „Datenbank“ bringt für die Bevölkerung nichts, rein gar nichts. Es erfolgt hierdurch zum späteren Zeitpunkt mit großem Trommelwirbel lediglich eine amtliche Bestätigung, dass die momentanen Grenzwerte eingehalten werden. Dann wird man sagen, dass die Bevölkerung aber endlich Ruhe geben und nicht weiter renitent sein sollte. Wer dann noch aufbegehrt wird öffentlich lächerlich und unglaubwürdig gemacht werden – ein **durchsichtiges Spielchen!**
- Sie brauchen die Regierung und die Betreiber nicht mehr aufzufordern die Bevölkerung über die (ungefährlichen?) Wirkungen des Mobilfunks zu „informieren“, das läuft schon bestens. Sie können von uns gern etliche Schreiben des **BMU** erhalten, die diese angebliche Ungefährlichkeit gebetsbuchartig vorbringen. Und die aktuellen Informationen des **IZMF** und des **VDE** sind Ihnen sicherlich ebenfalls bestens bekannt. Zur Zeit werden sogar die >autonomen<? Schulen mit Billigung bzw. Unterstützung der Bundesregierung und Landesregierungen mit **Werbefeldzügen** überzogen. Das wäre in jeder Bananenrepublik ein unvorstellbarer Skandal!
- Die **gemeinsame** Nutzung von Antennenanlagen bringt unter dem Gesichtspunkt der Immissionen gar nichts, im Gegenteil, wer in der Nähe dieser >Multiantennen< lebt hat nichts mehr zu lachen. Lediglich die Betreiber sparen immense Kosten.
- Das Vermeiden von Sendeanlagen in der Nähe von **Schulen** und **Kindergärten** hört sich ebenfalls gut an, bringt aber bei Licht betrachtet ebenfalls rein gar nichts, im Gegenteil.

Denn die Fehlkapazität muss dann woanders installiert werden, eben da, wo die Kinder sich länger aufhalten, als in der Schule oder im Kindergarten: **Dort, wo sie wohnen und insbesondere schlafen!**

Wollen Sie denn immer noch nicht wahrhaben, dass das biologische System Mensch (und Tier) von den EMF in der >Ruhe- und Schlafphase< empfindlicher gestört wird, als in der Aktivphase?

- Die geplante „Kennzeichnung“ der Handys ist zwar **selbstverständlich**, ist aber wiederum **reine Augenwischerei**. Nicht nur, weil gleichzeitig auf die Einhaltung der Grenzwerte und damit **angeblicher** Ungefährlichkeit hingewiesen wird. Die Leistungen der strahlungsärmsten Handys gehen etwa von SAR-Wert 0,26 bis 0,79 W/kg (US-amerikanischer Markt am 30.08.2000).  
**Biologische negative Wirkungen** sind sehr, sehr weit **unterhalb** dieser SAR-Werte beobachtet und **nachgewiesen** worden, bei etwa einem **Millionstel** Teil des heutigen Grenzwertes. Ein **realer Vorsorgewert** für den **Schlafbereich** müsste bei etwa einem **Milliardstel** des heutigen Grenzwertes liegen. Die gesundheitlichen Beeinträchtigungen finden also im **>athermischen Niedrigdosisbereich<** statt, man kennt diese Problematik seit langem im Bereich der ionisierenden Strahlen und der chemischen körperlichen Belastungen.  
Die SAR-Werte beziehen sich, wie Sie mit Sicherheit wissen, auf **rein >thermische Wirkungen<**, sie werden an **>Dummies<** oder **>Wasserleichen<** ermittelt. Werden unsere Kinder mit Dummies oder Wasserleichen gleichgesetzt und lediglich vor unerwünschter Erhitzung um 1°C auf 38°C geschützt?

## Punkt II

- Die einzelnen Abschnitte brauchen nach dem vorher Gesagten wohl kaum mehr kommentiert zu werden.

## Unser Vorschlag:

Ziehen Sie den Antrag in dieser Form zurück, gehen Sie in Klausur, verschaffen Sie sich Klarheit über die Mobilfunkproblematik aus gesundheitlicher Sicht, formulieren Sie einen neuen Antrag, der dem Art. 2(2) GG gerecht wird.

Mit uns ist die breite Öffentlichkeit nun sehr gespannt, wie sich Ihre Fraktionen vorerst morgen konkret in der Sache verhalten werden.

Mit freundlichen Grüßen

Harald Sommer

Koordinator für Öffentlichkeitsarbeit

D/ Aufbruch  
h.e.s.e. project  
Internet- Verteiler  
Presse